

GASTKOMMENTAR

Neutralität ist kein Selbstzweck

► JON PULT über die eidgenössische Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»

In der vergangenen Frühjahrssession hat das eidgenössische Parlament die sogenannte Neutralitätsinitiative zur Ablehnung empfohlen. Voraussichtlich wird die Stimmbevölkerung im kommenden Herbst darüber entscheiden. Es lohnt sich, genauer hinzuschauen – denn es geht um mehr als ein traditionsreiches Schlagwort. Es geht um die aussenpolitische Handlungsfähigkeit der Schweiz.

Die Neutralität gehört für viele zur Identität unseres Landes. Doch sie ist kein Staatsziel. Die Bundesverfassung ist hier eindeutig: Die Schweiz setzt sich für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung ein. Neutralität ist höchstens ein Mittel, um dieses Ziel zu erreichen – nicht ein Zweck an sich. Genau dieses Verhältnis kehrt die Initiative um. Sie will eine starre, «immerwährende Neutralität» in der Verfassung verankern. Damit würde ein flexibles Instrument zum Dogma erhoben. In einer Welt, die sich rasant verändert, wäre das ein gefährlicher Fehler. Denn die Initiative orientiert sich an einem Neutralitätsverständnis aus einer verklärten Zeit. Das moderne Völkerrecht, aber auch moderne Konflikte – von Cyberangriffen bis zu hybrider Kriegsführung – kennt dieses Denken nicht. Entscheidend ist heute vielmehr die UNO-Charta, die Angriffskriege verbietet und kollektives Handeln gegen Aggressoren vorsieht.

Gerade hier zeigt sich die problematische Konsequenz der Initiative: Sie würde es der Schweiz faktisch verunmöglichen, Sanktionen gegen Staaten zu verhängen, die wie Russland das Völ-

« Neutralität darf nicht zur Ausrede werden, um sich wegzuducken oder wirtschaftliche Interessen über Recht und Gerechtigkeit zu stellen. »

kerrecht brechen. Doch wer bei Angriffskriegen schweigt oder untätig bleibt, ist nicht neutral – er stärkt den Aggressor. Neutralität darf nicht zur Ausrede werden, um sich wegzuducken oder wirtschaftliche Interessen über Recht und Gerechtigkeit zu stellen. Eine glaubwürdige Schweiz steht für das Völkerrecht ein – auch dann, wenn es un bequem ist. Hinzu kommt ein sicherheitspolitischer Widerspruch: Die Initiative würde die Zusammenarbeit mit unseren Partnern erschweren, gleichzeitig aber implizit voraussetzen, dass uns genau diese Partner im Ernstfall beistehen. Doch Vertrauen entsteht nicht einseitig. Sicherheit ist immer auch das Resultat von Kooperation.

Die Schweiz kann und soll neutral bleiben. Aber sie muss diese Neutralität aktiv gestalten – im Dienst von Frieden, Menschenrechten und einer gerechten internationalen Ordnung. Die Neutralitätsinitiative hingegen führt

in die falsche Richtung. Sie schwächt unsere aussenpolitische Handlungsfähigkeit, untergräbt die Glaubwürdigkeit unseres Landes und nützt letztlich jenen, die das Völkerrecht missachten. Darum ist die überdeutliche Empfehlung des Parlaments richtig: Diese Initiative gehört abgelehnt.

JON PULT ist Bündner Nationalrat und Vizepräsident der SP Schweiz. Er lebt im Chur und in Bern.



GASTKOMMENTAR Maurizio Michael über die sprachliche Vielfalt Graubündens

Dreisprachigkeit ist unsere Stärke – nicht unser Problem

G

Graubünden ist dreisprachig. Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer langen historischen und kulturellen Entwicklung – geprägt durch unsere Geografie ebenso wie durch politische und wirtschaftliche Einflüsse. In der Schweiz und in Europa ist diese Konstellation einzigartig.

Und doch wird die Dreisprachigkeit heute immer wieder infrage gestellt. Wie soll sie gelebt werden? Wie viel Platz soll sie in Gesetzgebung und Alltag einnehmen? Dahinter steht oft ein vermeintlicher Gegensatz: hier Geschichte, Tradition und Identität – dort die sogenannte Modernität, die nicht selten mit einer schleichenden Verdrängung unserer angestammten Sprachen einhergeht. Aber ist das wirklich modern? Oder wäre echte Modernität nicht gerade das Gegenteil: unsere Eigenheiten zu bewahren, unsere Sprachen zu stärken und unsere dreisprachige Identität be-

wusst zu leben? Dreisprachigkeit ist nicht nur ein kultureller Wert, sondern auch ein wirtschaftlicher. Gerade der Tourismus zeigt das deutlich: Landschaft, Sport und Infrastruktur allein genügen nicht. Gefragt sind Authentizität, Eigenständigkeit und gelebte Kultur. Was Besucherinnen und Besucher suchen, ist keine inszenierte Folklore-Kulisse, sondern eine echte, unverwechselbare Realität.

Vor diesem Hintergrund haben die italienisch- und rätoromanischsprachigen Mitglieder des Grossen Rates das Manifest «GR für 3 Sprachen» erarbeitet. Es verlangt keine starren Vorgaben, sondern gegenseitigen Respekt. Dreisprachigkeit soll im Alltag stattfinden – dort, wo sie notwendig ist: für das Verständnis untereinander, für funktionierende demokratische Prozesse und für eine echte Beteiligung der Bevölkerung.

Auch politisch hat sich in den letzten Jahren einiges bewegt. Die Simultanübersetzung im Grossen Rat ist ein konkreter Fortschritt. Sie ermöglicht mehr Beiträge in al-

len drei Sprachen – und stellt sicher, dass alle sie verstehen können. Das stärkt nicht nur die Debatte, sondern auch die Gleichwertigkeit unserer Sprachen.

Ebenso wichtig ist die Schaffung der Stelle eines Beauftragten für Mehrsprachigkeit in der kantonalen Verwaltung. Sie sorgt dafür, dass Dreisprachigkeit nicht Theorie bleibt, sondern konkret gelebt



«Entscheidend bleibt aber der politische Wille – und die Haltung der Beteiligten.»

wird. Und auch im Medienbereich gibt es Fortschritte: Initiativen wie GRI.media zeigen, dass qualitativ hochwertige Information in allen drei Sprachen möglich ist, auch in Italienisch.

Entscheidend bleibt aber der politische Wille – und die Haltung der Beteiligten. Gerade Vertreterinnen und Vertreter sprachlicher Minderheiten tragen hier Verant-

wortung. Es braucht glaubwürdige, pragmatische Lösungen statt ideologischer Grabenkämpfe. Wer ernst genommen werden will, muss auch über die eigene Sprachgrenze hinaus überzeugen.

Die eidgenössische Abstimmung vom 8. März über die SRG-SSR-Gebühren hat gezeigt: Ein grosser Teil der Bündner Bevölkerung versteht, worum es geht. Es geht um mehr als Gebühren – es

geht um Vielfalt, Zusammenhalt und letztlich um unsere Identität. Reicht das? Nein.

Wir müssen mehr tun. Mit Augenmass, mit gegenseitigem Respekt – und mit einer klaren Vision. Graubünden kann mehr sein als ein Sonderfall. Unsere Dreisprachigkeit hat das Potenzial, weit über den Kanton hinaus ausstrahlen. Machen wir sie zu einem echten Standortvorteil – für den ganzen Alpenraum. Dazu sind interessante und zukunftsweisende Ideen gefragt.

MAURIZIO MICHAEL aus Castasegna ist Grossrat und Parteipräsident der FDP Graubünden.

DAS BT-FOTOQUIZ Valentin Audétat



Kennen Sie diese Bündner Täler?

Das Tal wurde von Romanen besiedelt, die ab dem 13. Jahrhundert von Walsern verdrängt wurden. Die Dörfer liegen zum Teil oberhalb der Waldgrenze. Die Aufnahme stammt vom 27. Juli 2020. Zur Auflösung des letzten Rätsels im «Bündner Tagblatt» vom 17. März: Gesucht war das Domleschg.

Als Zugezogener aus dem Kanton Bern hat VALENTIN AUDÉTAT seinen Wahlkanton Graubünden seit dem Jahr 1971 genau kennenlernen wollen, indem er ihn zu Fuss auf unzähligen Wanderungen über Pässe und durch Täler genoss und fotografierte. Die Auflösung des aktuellen Rätsels erscheint zusammen mit dem nächsten Foto.

